

# Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der Arbeiter in städt. Betrieben (Gasanstalten, Straßenreinigungs-, Kanalisations-, Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Abfuhrwesen, Park- und Gartenanlagen, Schlacht-, Krankenhäusern etc.,

Publikations-Organ

des Verbandes der Arbeiter in Gasanstalten und allen anderen städtischen Betrieben.

Erscheint am 7. u. 22. jeden Monats.  
Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.  
Einzelnnummer 10 Pfg.

Redaktion, Verlag und Expedition:  
**Fruno Voersch,**  
Berlin 14, Neue Jakobstr. 26.

Inserate, die 3 gespaltene Nonpareille-  
Zeile 20 Pfg.  
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 22.

Berlin, 22. November 1898.

2. Jahrg.

## Der Streik der Gasarbeiter zu Achersleben.

Am 22. Oktober d. Js. fand in Achersleben eine Versammlung der Arbeiter des dortigen Gaswerks statt, die den Beschluß faßte, sich unserem Verbands-Vorstande anzuschließen. Den 31. Oktober lief bei dem Verbands-Vorstande ein Schreiben von Achersleben ein, welches besagte, daß eine Versammlung am 30. Oktober beschloffen habe, am 31. in den Streik zu treten, falls nicht die Entlohnung des Gasmeisters noch zurückgenommen werde und eine Erhöhung der Löhne stattfinde. Der genannte Gasmeister, welcher früher in Mannheim war, soll deshalb entlassen worden sein, weil er indirekt für seinen Verband wirkte. Die näheren Umstände, welche zu der Entlohnung führten, können wir nicht angeben, da uns bezügliche Mitteilungen nicht gemacht wurden. Folgende Lohnforderungen hatte man aufgestellt: Für Feuerleute sollte ein Lohn von 4,50 Mk., für die anderen Betriebsarbeiter 3 — Mk., für die Gasarbeiter 2,70 Mk. pro Tag; für die Installateure 40 Pfg., für den Schmelzer und Gussrodler 35 Pfg. und für die Pflißschlosser 30 Pfg. pro Stunde gezahlt werden. Der Arbeiterausschuß erhielt den Auftrag, dem Direktor diese Forderungen zu unterbreiten und innerhalb sechs Stunden Antwort zu verlangen. Der Verbands-Vorstand konnte nun zu dem bevorstehenden Streik nicht mehr rechtzeitig Stellung nehmen, da wenige Stunden nachdem das bezügliche Schreiben bei dem Verbands-Vorstande eintraf, der Streik bereits ausbrach. In einer späteren Sitzung beschloß der Verbands-Vorstand von einer Unterstützung des Streiks aus Verbandsmitteln Abstand zu nehmen, dagegen den Verwaltungsräten zu empfehlen, für die Ausständigen Sammlungen zu veranstalten, um der evtl. entstehenden Noth entgegen zu treten.

Maßgebend für diesen Beschluß waren folgende Punkte: Einmal sind die Streikenden in den Ausstand getreten, ohne den Verbands-Vorstand anzufragen, wie dieser sich zu einem Streik stellen würde, wie es mit der Unterstützung z. ist. Eine derartige Handhabung, daß der Verbands-Vorstand in solchen Fällen anzurufen ist, finden wir in allen Organisationen. Die Verbands-Vorstände haben in Folge ihrer langjährigen Thätigkeit eine größere Erfahrung auf allen diesen Gebieten aufzuweisen und können den Jünglingen, namentlich solchen jungen, wie dieses bei der Acherslebener der Fall war, mit Rath und That zur Seite stehen. Dann kommt die Geldfrage hinzu. Der Verbands-Vorstand kann doch nicht ohne Weiteres mehrere Hundert Mark für eine Sache hingeben, die er nicht einmal näher zu prüfen in der Lage war. Wenn der Verbands-Vorstand die Ueberzeugung besitzt, daß irgend ein bevorstehender Streik zu Ungunsten der Ausständigen verlaufen muß und dann zu denselben Geld hergeben würde, so verlegte er in der größten Art und Weise die Verbandsinteressen. Deshalb muß er jeden bevorstehenden Streik auch genau auf seine Chancen prüfen. Ferner kam bei dem Acherslebener Streik hinzu, daß die Ausständigen erst 14 Tage organisiert waren, von dem Verbands-Vorstande nun gleich größere Unterstützungen verlangten, ohne irgend schon etwas zu dem Vermögen der Organisation beigetragen zu haben. Wer von Anderen Opfer verlangt, muß erst selbst beweisen haben, daß auch er Opfer bringen kann. Sonderbar berührte es auch den

Verbands-Vorstand, daß, nachdem der Streik drei Tage gedauert hatte, bereits nach Geld geschrieben wurde. Bei fast allen Streiks müssen die Kämpfenden für die erste Woche des Ausstandes auf jede Unterstützung verzichten. Wenn nun auch die Acherslebener versprochen, alle erhaltenen Gelder später wieder zurückzahlen zu wollen, so kann der Verbands-Vorstand auf solche Versprechungen nicht das geringste Gewicht legen. Die ganzen letztjährigen Streiks haben bewiesen, daß solche Versprechen in der Regel nicht gehalten werden. Verlaufen derartige Streiks zu Ungunsten der Arbeiter, so kümmern sich diese meistens nachher weder um ihre Organisation, noch um ihre gegebenen Versprechungen. Dann kam die Frage nach den Charren des Streiks hinzu. Diese waren nun aber absolut nicht für die Streikenden günstig. Der Streik ist so wie so ein zweischneidiges Schwert. Niemand, der diese Waffe gebraucht, weiß vorher, ob er sich nicht damit schneiden wird. Deshalb soll man zu dieser Waffe erst greifen, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind und wenn vor allem einermäßigen günstige Chancen für den Streik vorhanden sind.

Für Gasarbeiter-Streiks sind aber die Chancen nie besonders günstig. Der Gasarbeiter ist ein ungelerner Arbeiter, seine Arbeit kann innerhalb weniger Tage erlernt werden. Ungelernte Arbeiter aber, die als Streikbrecher fungieren wollen, gibt es bei unseren heutigen Verhältnissen überall in Hülle und Fülle. Bleiben bei einem Gasarbeiter-Streik nur wenige Mann in dem Werk, arbeiten sie weiter, so ist der Ausstand in der Regel verloren, da dann die Streikbrecher in kurzer Zeit angelernt werden. Dabei sind auch die meisten größeren Gasarbeiter-Streiks zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen: so der Hamburger, Berliner, Wiesener und Mainländer. Bei dem Acherslebener Streik kam nun noch hinzu, daß das Acherslebener Werk kein städtisches ist, sondern der Thüringischen Gasgesellschaft gehört. Einmal kam hier also der Druck, den sonst bei städtischen Werken das Bürgerthum resp. die Gemeindevertretung auf die Leitung ausüben kann, gänzlich in Wegfall. Dann aber hat die Thüringische Gasgesellschaft noch mehrere Gaswerke an anderen Orten. Da die Arbeiter dieser Werke aber gänzlich unorganisiert sind, so brauchte die genannte Gesellschaft nur Arbeitsträger nach Achersleben hinzudrängen und der Streik war verloren.

Dann, war es richtig, Forderungen zu stellen und innerhalb 6 Stunden deren Bewilligung zu verlangen?

Konnte der Direktor des Acherslebener Werks innerhalb dieser kurzen Zeit eigenhändig die Forderungen bewilligen? Ist er nicht in solche Dingen von der Generaldirektion der Gesellschaft abhängig?

Die Entlohnung des Gasmeisters Koch mag zu unrecht erfolgt sein, wäre es aber nicht taktisch richtiger gewesen, denselben evtl. materiell zu unterstützen, als ein so gewagtes Ding zu unternehmen? Dann aber hat Koch selbst auf seine Wiedererstattung verzichtet, wie man uns mittheilt. Und wie der Verbands-Vorstand angenommen hat, so ist es auch gekommen. Der Streik ging verloren. Von 20 Arbeitern legten 16 die Arbeit nieder. Die Plätze der Streikenden wurden in kurzer Zeit besetzt und irgend welcher wirklicher Gasmangel trat nicht ein. Gewiss, hat man, um genügend Gas zu erzeugen, mehr Arbeiter gebraucht, als früher; wo früher 2 Mann arbeiteten, waren 3 4 thätig. Doch ist das etwas Neues? So freiwillig dankt der Kapitalismus nicht ab, so leicht unterwirft er sich nicht den Forderungen der Arbeiter. Herrlicher bleiben, dieses ist seine Parole, und wenn das auch einiges Geld durch Mehr-

einsetzung von Arbeitern kostet. Dieses wird später wieder herausgeschlagen und das Kapital hat sich nicht unterwerfen brauchen. Wenn unsere Ackerlebener Kollegen sich darüber jetzt wundern und die Haltung der Direktion nicht begreifen können, so kennen sie die wahre Natur des Kapitals noch sehr schlecht. Hätten sie uns zeitig wegen des Streiks angefragt, so würden wir ihnen dieses Alles vorher schon gesagt haben. Doch brechen wir davon ab. Unrichtig haben die Ackerlebener gehandelt, wie das leider noch so oft zum Schaden der Arbeiterbewegung geschieht. Ihre eigene Macht überschätzten, die des Kapitals unterschätzten sie.

Aber es waren nicht unehrliche Motive, die sie zur Arbeitsniederlegung führten. Deshalb haben wir auch die Filialen aufgefordert, Sammlungen zu veranstalten, um die Ausständigen für ihre Handlungswelt nicht allzu sehr büßen zu lassen. — Wie man uns mittheilt, sollen fast alle Streikenden bereits anderweitig Arbeit gefunden haben. B. P.

### In eigener Sache.

Der Vertrauensmann Wengels für den Osten des 4. Berliner Reichstagswahlkreises behauptet, daß wir ihn zur Untersuchung der Sache Rückert erst aufzufordern hätten, als bereits die Notizen über Rückert in unserer Zeitung erschienen wären. Das ist der Wahrheit nicht entsprechend. Wir haben Wengels am 21. und 27. September d. Js. die bezüglichen Anforderungen zugehen lassen und Wengels antwortete uns am 2. Oktober in ablehnendem Sinne. Die Notizen über Rückert sind aber erst am 7. Oktober in unserer Zeitung erschienen. Die Redaktion.

### Verbandstheil.

Geschäftsführender Vorsitzender des Verbandes: **Dr. Voersch, Berlin N. 14, Heus Jakobstr. 26.** Kassierer: **P. Vosskart, Berlin N., Froschowerstr. 18, Seitenflügel II.** Ausschuß: Alle Zuschriften sind an **Sorkowski, Berlin W., Steinmehrerstr. 12, Quergebäude IV** zu richten.

### Bekanntmachung.

Anfolge der Ackerlebener Vorkommnisse hat der Verbands-Vorstand den Beschluß gefaßt, ein Streit- und Maßregelungs-Reglement auszuarbeiten. Dasselbe soll den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet werden. Die Filiale Berlin VII. (Schlacht- und Viehhof) hat nicht, wie irrthümlich angegeben, 62,65 Mk., sondern 82,65 Mk. eingekandt. Die Filiale Mannheim nicht 26,51 Mk., sondern 38. Mk. Von der Filiale Lichtenberg liefen 24,75 Mk., von Rydorf 8,55 Mk. bei der Hauptkasse ein. Die Filialen Berlin V., Mannheim II., Pforzheim und Magdeburg haben noch keine Abrechnungen für das 3. Quartal d. Js. eingekandt. Wir machen dieselben darauf aufmerksam, daß wir die Bestimmungen des § 9 in Anwendung bringen müssen, falls sie nicht unverzüglich die Abrechnungen einreichen. — Wir bitten Geldsendungen für den Verbands-Vorstand nur an den Hauptkassierer und möglichst per Postanweisung richten zu wollen, da sonst Irrthümer unvermeidlich sind.

Für den Verbands-Vorstand.

Dr. Voersch.

### Korrespondenzen.

**Mannheim.** Die in der Versammlung vom 23. September er. zu Mitgliedern des Arbeiterauschusses vorgeschlagenen Kollegen wurden in der am 15. Oktober 1894 stattgefundenen Neuwahl mit großer Majorität gewählt; trotz der Minorarbeiten von Gegnern des Verbandes, welche versuchten, unsere hierzu gemachten Vorschläge durch Aufstellung von Gegenkandidaten umzuwerfen.

Gewählt wurden als ständiger Arbeiterauschluß die Kollegen A. Gensch, Galer, Senger, Keller und Pfeiffermann; als Reserveleute die Kollegen S. Zimmermann und Joh. Schäfer.

In der Versammlung vom 23. September wurde beschlossen, daß der neugewählte Arbeiterauschluß die Verpflichtung habe, vor jedesmaligen Vorgehen eine Sitzung im Beisein der Vorstände des Verbandes abzuhalten und die Gründe des Vorgehens in derselben mitzutheilen, um damit die Angelegenheiten vorerst

gründlich beraten werden können. — Ferner nahm die Versammlung am Schlusse noch folgende Resolution an: „Die Versammlung der Gas- und sonstiger städtischer Arbeiter erhebt einstimmig Protest und energischen Widerspruch gegen jede Schwächung und Verkürzung des allgemeinen Koalitionsrechts. Entrüstet weisen wir die angedrohte Zuchthausstrafe für Streikvergehen zurück; die Verwirklichung der beabsichtigten Zuchthausvorlage würde ein Ausnahmengesetz schimmiger Sorte sein und wäre gleichzeitig auch eine Aufhebung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger.“

Die Versammlung vom 8. Oktober fand im „Stefanien-schlößchen“ statt. Auf der Tagesordnung stand die „Vokalfrage“. Die Versammlung mußte deswegen im „Stefanien-schlößchen“ abgehalten werden, weil Genosse Fösbag uns aus bis jetzt nicht angegebenen Gründen sein Vokal verweigerte. Nach lebhafter Debatte und verschiedenen hierzu gemachten Vorschlägen wurde beschlossen, die Wahl eines neuen Vokals dem Gesamtvorstande zu überlassen.

Kollege Dick erstattete dann den Kartellbericht. Hierauf erfolgte die Abrechnung vom 3. Quartal und der Abendunterhaltung. Nachdem der Kassierer Senger beide Abrechnungen vorgelesen hatte, wurde demselben über beide Abrechnungen Decharge erteilt. Hierauf wurde der Wunsch geäußert, öfters Versammlungen abzuhalten, um dadurch den jüngeren und frischen Kollegen Aufklärung zu verschaffen und dieselben dann dem Verbands-Vorstande zuzuführen.

Als Gesagmann für den Kartelldelegierten Kollegen Hagger wurde Harter vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Als neues Vokal wurde das Vokal „Schönhard“, Schwesingerstr. 124, mit Majorität gewählt.

Wegen des Ausstandes der Ackerlebener Kollegen beschloß man, dieselben zu unterstützen. Dem Ertrag der Sammelkassen 36,65 Mark wurde die Summe von 13,35 Mark hinzugefügt und fünfzig Mark an die dortigen Kollegen abgehandelt.

Hierauf erfolgte ein Vortrag des Genossen Breitling über die Gründung eines Arbeitersekretariats. Redner stellte fest, daß durch die Unmöglichkeit der Arbeiter jährlich Unsummen verloren gingen zu Gunsten des Kapitals und zu Gunsten der Versicherungen (Zuvalidität etc.). Aus Furcht vor den Anwalts- und Gerichtskosten ließen viele Arbeiter ihre Ansprüche trotz guter Aussicht aller. Dem würde aber abgeholfen sein an dem Tage, an welchem das bereits im vollen Entschlusse begründete Arbeitersekretariat seinen Wirkungskreis angetreten habe. Der von den Gewerkschaften zu leistende Beitrag sei pro Mitglied wöchentlich zwei Pfennige. Hierfür können sich die Mitglieder zu jeder Zeit unentgeltlich Anträge in Klagen, Rechts- und Unfallsachen Rath und Beistand holen. Von der Parteikasse sei ein jährlicher Beitrag von fünfhundert Mark hierzu gewährt.

Bezüglich des Falles Häfner Warnung der Kollegen vor demselben betreffend — wurde ein Brief des Hauptvorstandes vorgelesen, welcher die Mittheilung enthielt, daß im Falle die Klage zu Ungunsten unseres 1. Vorsitzenden ausfiele, ein Theil der Kosten die Hauptkasse tragen würde. Genosse Breitling führte hierauf an, daß die Hauptkasse nicht nur einen Theil der Kosten in solchem Falle wie der Fall „Häfner“, sondern alle Kosten zu tragen habe; denn trotzdem es nichts Korrektes hierüber in unseren Statuten fände, würde es in allen anderen gewerkschaftlichen Verbänden so gehandhabt.

Der 1. Vorsitzende theilte hierauf mit, daß er eines Rechtsanwaltes bedürfe und um einen Betrag von 25 Mark bitte.

Hierauf wurde dann noch beschlossen, durch den Arbeiterauschluß die Direktion ersuchen zu lassen, eine Jahresabrechnung betreffs des Unterstützungsfonds zu veröffentlichen, der aus den Ueberschüssen der Kantine gebildet wird.

Betreffs des Falles Häfner theilen wir noch mit, daß derselbe am Samstag, den 12. November, vor dem hiesigen Schöffengerichte verhandelt wurde. Unser Vorsitzende wurde zu 15 Mark Geldstrafe verurtheilt, Häfner jedoch freigesprochen; auch hat der Vorsitzende die Kosten der Wiederklage zu tragen.

### Aus unserem Berufe.

In der letzten Sitzung der Deputation für die Berliner städtischen Kanalisationwerke und Anstaltswesen wurde beschlossen, die Löhne der Kanalisationsarbeiter vom 1. Oktober er. ab nachträglich zu erhöhen. Jetzt sollen die Löhne im ersten Arbeitsjahr 3,00, im zweiten 3,25, im dritten 3,50 Mk. täglich betragen. Denjenigen Arbeitern jedoch, welche am 1. Oktober d. Js. zehn Jahre im Dienst der Kanalisationsverwaltung gewiesen sind, wird der Lohn auf 3,75 Mk. für den Tag erhöht.

Herr Stadtrat Marggraff hat, wie wir erfahren, einer Deputation der Kanalisations-Arbeiter das Versprechen gegeben, dafür einzutreten, daß vom April 1899 ab bereits nach 6jähriger Thätigkeit der Lohn auf 3,75 Mk. pro Tag erhöht werden soll.

**Schalter der Berliner Gemeindebeamten.** Das Mindestgehalt der bezoldeten Magistratsmitglieder beträgt 7000 Mk. und steigt von drei zu drei Jahren um 500 Mk. bis zum Höchstgehalt von 11 000 Mk. Bei dem Ober-Bürgermeister, dem Bürgermeister, den Stadt-Bauräthen, den Stadt-Schulräthen und dem Stadtkammerer werden jedesmal besondere Festsetzungen getroffen. Die Stellen der beiden Bureau-Direktoren sind mit je 6600 Mk. dotirt. Die Schul-Inspektoren beginnen mit einem Anfangsgehalt von 5400 Mk. und erreichen ein Höchstgehalt von 7200 Mk. in Zeiträumen von je drei Jahren mit einer jedesmaligen Aufbesserung von 300 Mk., während die Stadt-Bau-Inspektoren nach dem Berichte über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1889 bis 1895 ein Anfangsgehalt von 6600 Mk. beziehen und von zwei zu zwei Jahren eine Zulage von 300 Mk. bis zum Höchstgehalt von 7800 Mk. erhalten. Die Stadtbaumeister haben 5100 Mk. Mindestgehalt mit Erhöhungen wie bei den Bau-Inspektoren bis 6000 Mk. Der städtische Elektrotechniker ist mit 7000 Mk., der Planhammer-Inspektor mit 4500 Mk. und dessen erster Assistent mit 3600 Mk. Dienstverdienst verzeichnet. Das Minimalgehalt der lebenslänglich angestellten Geometer ist auf 2160 Mk. festgesetzt, erhöht sich aber von zwei zu zwei Jahren um 240 Mk. bis auf 4320 Mk., während die Hilfsgeometer von 1440 Mk. mit Steigerungen von je zwei Jahren bis 2880 Mk. Normalgehalt gelangen. Die lebenslänglich angestellten Techniker der städtischen Bauverwaltung beziehen 3000 bis 4000 Mk., die Aufbesserungen werden von zwei zu zwei Jahren mit 200 Mk. gewährt. Der städtische Ingenieur für die Heiz- u. Anlagen, welcher mit 5100 Mk. Anfangsgehalt angestellt wird, erhält von drei zu drei Jahren 300 Mk. Gehaltszulage und erreicht so ein Maximalgehalt von 5700 Mk. Das Mindestgehalt der Stadt-Bau-Assistenten (Stadt-Bauführer) beträgt 2400 Mk. In Steigerungen von drei zu drei Jahren — je 200 Mk. — wird das Höchstverdienst von 3800 Mk. erreicht.

Der Direktor des städtischen statistischen Amtes hat ein etatsmäßiges Jahres-Einkommen von 6600 Mk., dazu kommt bei dem derzeitigen Inhaber eine Pensionszulage von 900 Mk. Für den Direktor-Assistenten ist das Minimalgehalt auf 4200 Mk., steigend von 3 zu 3 Jahren um je 300 Mk. bis zum Maximalgehalt von 6000 Mk. festgesetzt. Der zunächst auf 6 Jahre angestellte wissenschaftliche Hilfsarbeiter bezieht 3600 Mk., der städtische 1. Bibliothekar und Archivar 6000 Mk., die beiden weiteren Bibliothekare je 3600 Mk. Jahresgehalt. Die Verwaltungsdirektoren der verschiedenen Anstalten erhalten 4200 bis 6000 Mk. Baargehalt und Nebeneinnahmen im etatsmäßigen Betrage von 1200 Mk.; die ärztlichen Direktoren, die immer nur auf 6 Jahre angestellt werden, haben Dienstverdienst bis ca. 11 000 Mk.; der Direktor der städtischen Straßenreinigung 6600 Mk. und eine größere Funktionszulage, die Inspektoren der einzelnen Anstalten 3200 bis 3700 Mk. und Nebeneinnahmen, die nur mit 600 Mk. berechnet werden; die Oberinspektoren sind entsprechend besser gestellt. Die auf 6 Jahre angestellten Oberärzte haben 5000 bis 6000 Mk. baares Gehalt und Nebeneinkommen im Betrage von 1000 Mk.

5100 bis 6000 Mk. erhält der Assistent des Märkischen Provinzial-Museums, und dem städtischen Garten-Direktor werden einschließlich 1000 Mk. persönlicher Zulage 6100 Mk. baar und eine Dienstwohnung im Humboldtthale gewährt; der Garteninspektor hat einschließlich der Nebeneinnahmen 4000 Mk. Dienstverdienst, das der städtischen Obergärtner ist etwas geringer. Die Hausväter beginnen mit 1800 Mk. Baargehalt und steigen in 15 Jahren bis auf 2400 Mk., außerdem haben sie Dienstwohnung u. Die Oberaufseher der Strafreinigung kommen von 2160 bis 3000 Mk. Höchstgehalt, die Aufseher von 1600 bis 2000 Mk. Wohnungsgeld-Zuschuß wird von der Stadtverwaltung Berlin nirgends gewährt.

Die Pensionierung der Gemeindebeamten erfolgt (abgesehen von Fällen, in denen ausdrücklich andere Normen vereinbart sind) nach denselben Grundsätzen wie bei den Staatsbeamten; bei Berechnung der Dienstpension wird die etwaige spätere Dienstzeit im Reichs-, Staats-, bezw. Militärdienst und meistens auch im außerörtlichen Gemeindedienst mit in Anrechnung gebracht.

Diese Notiz, welche kürzlich durch die Berliner Presse ging, bringen wir hier zum Abdruck, da sie interessante Vergleiche zwischen den Einkommen städtischer Beamten und städtischer Arbeiter zuläßt. Bemerken wollen wir noch, daß der Ober-

bürgermeister von Berlin ein Gehalt von 30 000 Mk. und der 1. Bürgermeister von 18 000 Mk. pro Jahr bezieht.

## Hundshau.

**Ein Beitrag zur Zuchthausvorlage.** Der Berliner „Volls-Zeitung“ wird aus Peking — in China! — geschrieben, daß dort vor einiger Zeit die in einer Gilde vereinigten Maurer und Bauhandwerker, deren Lohn etwa 1 Mk. bis 1,40 Mk. pro Tag beträgt, die Arbeit einstellen und Lohnerböschung forderten. Die Behörde ließ die Streiklustigen verhaften. Die Führer wurden zum Tode verurtheilt und die Teilnehmer am Streik nach den Fieberlegenden verurteilt. Der Streik war beendet. Das ist einfach ideal. Sollte man in Deutschland nicht lieber auch zu dieser Methode greifen, anstatt die streikverbrecherischen Lohnsklaven in ein komfortabel eingerichtetes Zuchthaus aufzunehmen?

**Ein Großfabrikant für Gewerkschaften.** Sir Benjamin C. Brown, Inhaber eines der größten Maschinenwerke bei Newcastle und Vorstandsmitglied des Fabrikantenbundes der Maschinen- und Schiffbau-Industrie, hat sich am 14. Oktober in einem Vortrag vor dem Ingenieur-Berein von Newcastle entschieden zu Gunsten der Gewerkschaften ausgesprochen. Gewiß, sagte er, seien die Ketzereien zwischen Unternehmern und Arbeitern groß, aber wenn man die große Zahl der Arbeiter berücksichtige und die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, so sei es fraglich, ob irgendwo bei ähnlichen Bedingungen Verhandlungen zwischen Menschen ruhiger geführt würden. Der Gedanke, daß die Gewerkschaften Ursache der gewerblichen Konflikte seien, verliere jeden Tag an Boden. Es sei besser, mit klugen und erfahrenen Gewerkschaftsführern zu thun zu haben, als mit unorganisierten Arbeitern. Er sei, fuhr er fort, durchaus für Einschränkung aller regelmäßigen Leberzeitarbeit; berandige Leberzeitarbeit sei demoralisierend und schädige die Gesundheit, sie bedeute Verschwendung und vermehre die Unfälle. Die Unternehmer sollen, wenn immer sie es könnten, vernünftige Lohnaufbesserungen bewilligen. Er beitrete durchaus, daß die Unternehmer beim letzten Maschinenbauer-Streik die Abhilfe gehabt hätten, die Gewerkschaft zu „erschmettern“ und sei auch überzeugt, daß die Mehrheit der Arbeiter dies nicht geglaubt hätten.

**Die Errichtung eines Arbeiterssekretariats für Berlin** ist in Aussicht genommen. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission legte den Delegirten der Berliner Gewerkschaften in ihrer letzten Sitzung den Antrag vor, ein Bureau für alle Arbeiterangelegenheiten einzurichten. Das Sekretariat soll in drei Abteilungen zerfallen. Die erste für gewerkschaftliche Zwecke mit der Aufgabe, den kleineren Gewerkschaften die Anstellung eigener Beamten zu ersparen. Die zweite Abteilung soll eine Auskunftsstelle für alle Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung bilden, während die dritte, die eventuell erst später eingerichtet werden soll, sich mit der Erhellung von Rath und Auskunft in zivilrechtlichen Angelegenheiten befassen soll. Bei Anstellung von drei leitenden Beamten mit einem Jahresgehalt von je 2000 Mk. sollen unter Hinzurechnung der sonstigen Ausgaben, dem Kostenvoranschläge zufolge, die Kosten des Sekretariats 15 bis 20 000 Mk. jährlich betragen. Zur Aubringung dieser Summe wird eine Extratreuer von 10 Ph. pro Quartal für jeden der 57 000 in Berlin gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Vorschlag gebracht. Die in der Gewerkschaftskommission vereinigten 88 verschiedenen Branchen werden sich in ihren Versammlungen über das Projekt schlichtig werden. Im Grunde genommen handelt es sich nur um eine Erweiterung des heute bestehenden Gewerkschafts-Bureaus, welches schon seit Jahren von einem festangestellten Beamten geleitet wird.

**Ueber die Schädlichkeit einer übermäßigen langen Arbeitszeit** läßt sich der Professor Erikmann folgendermaßen äußern:

Die Dauer der Arbeitszeit ist von großer hygienischer, wirtschaftlicher und moralischer Tragweite für den gesamten Arbeiterstand, und daher dürfte es äußerst wichtig sein, die normalen Schranken derselben auf wissenschaftlichem Wege zu bestimmen. Der Arbeiter muß zum Schutze seiner Gesundheit alle überflüssigen Verausgaben der Energie aufs sorgfältigste vermeiden; täglich darf er dieselben nur in jenem Maße verausgaben, als die Wiederherstellung der Energie durch den Arbeitslohn geschieht ist, denn am nächstfolgenden Tage muß er ja an seine Arbeit mit demselben Energievorrath gehen, welchen er den Tag vorher besaß. Wird der Arbeiter durch übermäßige

Vermehrung der Arbeitsstunden dazu gezwungen, mehr Energie zu verausgaben, als er durch Assimilation der Nahrung vereinigt, und sollte sich infolgedessen auch nur geringes Defizit an Lebensmaterial im Körper des Arbeiters ergeben, so dürfte auch schon hierdurch die normale Ökonomie des Körpers Störung erleiden, die leistungsfähige Lebensperiode des Arbeiters müßte sich verkürzen, und der Arbeiter wäre frühzeitigem Tode preisgegeben. Die Gefährlichkeit und Schädlichkeit des langen Arbeitstages kann noch dadurch erwiesen werden, daß die Lage des Körpers bei der Berufsarbeit fast immer eine einseitige ist und die Entwicklung der augenblicklich thätigen Körpertheile und Muskelgruppen beeinträchtigt, die der andern jedoch benachteiligt, die no male und natürliche Harmonie der einzelnen Skeiltheile und Kräfte stört. Verschiedene Beschädigungen des Organismus infolge Heberarbeit ziehen mannigfaltige Krankheiten nach sich, die die Lebensdauer des Arbeiters beträchtlich verkürzen.

Bei Ueberschreitung eines gewissen Maximalquantums von körperlicher Arbeit leidet auch der kräftigste Arbeiter. Die Folgen übermäßiger Arbeit werden sich um so reichlicher geltend machen, je weniger widerstandsfähig der menschliche Organismus, je förderlich und geistig anstrengender und je gefährlicher die Arbeit ist.

Verschiedene Physiologen, z. B. H. Feautis (Physiologie humaine) wollen von 24 Stunden des Tages je 8 der Arbeit, der Erholung und dem Schlaf zugerechnet sein.

Eine außerordentlich, wenn auch kleine Gewerkschaft scheint der Gewerksverein der Londoner Bootszimmerer zu sein, dessen Schriftführer, W. C. Steadman, progressivstes Mitglied des Londoner Grasshakerstraths und radikales Parlamentsmitglied für einen Bezirk des Londoner Südens ist. Die Gewerkschaft hat rund 400 Mitglieder, die 90 Prozent ihres Gewerkes in London vertreten, und die anderen 10 Prozent, erklärte Steadman auf dem am 22. Oktober abgehaltenen 19. Jahresfest der Gewerkschaft, möchte sie „um keinen Preis haben.“ Im abgelaufenen Jahre hatte die Gewerkschaft eine Einnahme von 15000 Mark und eine Ausgabe von 7400 Mark. Der Reservefonds beträgt 43000 Mark, d. h. über 100 Mark pro Kopf, und von ihren Ausgaben in den letzten sieben Jahren entfielen jährlich über 1000 Mark auf Unterstüzungen an andere Arbeiterorganisationen.

### Litterarisches.

„Aus Natur- und Geisteswelt“, so betitelt sich ein neues Unternehmen, welches von der Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner in Leipzig kürzlich in's Leben gerufen ist. Dasselbe bezweckt wissenschaftlich gemeinverständliche Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens zu bringen. Das erste erschienenen Bändchen behandelt die Gesundheitslehre. Mit großer Beherzbarkeit haben wir daselbe aus der Hand gelegt. Eine so leichtverständliche Darstellungsweise dieses Zweiges der Wissenschaft, welcher gerade für die arbeitende Bevölkerung von großer Bedeutung ist, haben wir noch nie gefunden. Wir können unseren Lesern nur die Anschaffung dieses Werkes empfehlen. Besonders eignet es sich auch zu Vorlesungen in den Mitglieder-Versammlungen.

**Arbeiter-Notiz-Kalender 1900.** Verlag Vorwärts, Berlin S.W., Beuthstr. 2. Dieser Notiz-Kalender erweist sich insbesondere für die Gewerkschaften als werthvolles Nachschlagewerk: Adressen aller deutschen Gewerkschaftsvorstände, der Fabrikinspektoren mit Angabe ihrer Inspektionsbezirke, Abhandlung über Rechte und Pflichten der Arbeiter aus dem Junungsgeetze, Belehrung über Lohnzahlung und Lohnbeitragsnahme. Was zählt eine Arbeiterfamilie jährlich Lebensmitteleuern, Staatsschulden des Reiches, der einzelnen Bundesstaaten, der europäischen Staaten u. d. g., Flächen-, Hohlmaße und Gewichte in den einzelnen Ländern im Verhältnis zum metrischen Maße bez. Kilogramm u. s. w. Kurz, der Kalender ist ein praktisches und unentbehrliches Nachschlagewerk nicht bloß für Gewerkschaftsmitglieder, sondern für alle Arbeiter. Derselbe kostet 60 Hg.

**Stuttgarter Parteitage-Protokoll.** Verlag Vorwärts, Berlin. 240 Seiten stark. Preis 35 Hg. Von der „Neuen Zeit“ im folgenden Heft 17 erschienen.

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Herausgeber Dr. J. Kaszrow, Berlin, Verlag von G. S. Herrmann. Die letzte Nummer enthält wie die früheren Nummern eine Reihe lehrreicher Artikel und Notizen.

### Achtung! Markthallen-Arbeiter Berlins!

Der Vorsitzende unserer Filiale, Kollege F. Verköly, wohnt Cousten-Ufer 52, der Kassirer, Kollege A. Kadelmacher, Schönbauer-Allee 181, der Schriftführer, Kollege A. Goebel, Fichtestraße 22. Der Vorstand.

### Achtung! Berliner Gasarbeiter!

Das Krankengeld wird j. g. durch den Kassirer unserer Verwaltungsstelle, Kollegen F. Gaedike, Langestr. 69 vorn III. ausgezahlt. Zahl- und Meldeunde: Sonntag Vormittags 9 bis 10 Uhr. Der Vorstand.

### Achtung! Mitglieder der Filiale Schmargendorf-Wilmersdorf.

Der Kassirer, Kollege Albert Schabbach, wohnt Schmargendorf, Hundeshlegelstraße 6. Der Vorstand.

### Versammlungs-Anzeiger.

**Berlin II.** (Kanalisations-Arbeiter). Fällt in den Wintermonaten wegen der kombinierten Versammlungen aus.

**Berlin III.** (Wasserwerks-Arbeiter). Am 15 jeden Monats Abends 7 1/2 Uhr bei Buske, G. enaderstr. 33.

**Berlin IV.** (Desinfektoren) Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats Abends 8 Uhr bei Bebrndt, Manteuffelstr. 95.

**Berlin V.** (Markthallen-Arbeiter). Die Versammlungen fallen in den Wintermonaten aus.

**Berlin VI.** (Laternen-Anzünder) Montag, den 19. Dezbr. Abends 7 1/2 Uhr „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c.

**Berlin VII.** (Schlachthof- und Viehhof-Arbeiter) Dienstag, den 6. Dezember, Abends 7 Uhr, Frankfurter Allee 174.

**Charlottenburg.** Donnerstag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Peyer, Wallstraße 96.

**Friedrichshagen.** Jeden Sonntag nach dem 1., Abends 7 Uhr, Seejtr 99.

**Königsberg i. Pr.** Jeden 1. Montag im Monat, Abends 7 1/2 Uhr in der Phönixhalle.

**Mannheim II.** Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 6 1/2 Uhr Abends bei Bögelin, H. 4. 8.

**Pforzheim.** Jeden 1. und 2. Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung im „Goldenen Löwen.“

### Arbeiter der städtischen Betriebe Berlins!

Sonntag, den 1. Dezember, Abends 5 Uhr:

### Kombinierte Verbands-Versammlung

sämmtlicher 7 Filialen, mit Familien-Angehörigen,

im **Königsbad-Badno**, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.

(Gas-, Kanalisations-, Wasserwerks-, Markthallen-,

Schlachthof- u. Viehhof-Arbeiter, Desinfektoren u. Laternen-Anzünder

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Jost über: „Aus der Urzeit der Erde.“ 2. Die Organisation der Verwaltungsjstellen untereinander.

Nach Schluß der Versammlung:

— Gemüthliches Beisammensein mit Cany. —

Entre 10 Pfennig. Kein Gardeobenzwang

Die Straßenreutiger, Kranken- und Irrenwärter und die Kollegen der umliegenden Filialen (Charlottenburg, Rixdorf, Wilmersdorf-Schmargendorf, Fegel, Pichtenberg und Friedrichshagen) werden hierdurch gleichfalls einladen.

Das Komitee der vereinigten Filialen.

### — Klagen! —

Gewerbegerichts-, Gesinde-, Unfall-, Krankenkassen-, Invaliditäts-, Altersversicherungs-, Strafs-, Alimentationsklagen u. fertigt das Bureau von **Dr. Poersch, Berlin, Neue Jakobstraße 26** an.

Verantw. Redakteur: Dr. Voersch, Berlin, Neue Jakobstr. 26. Druck: Maurer & Dimnick, S. Cousten-Ufer 11.